Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 151. Dienstag den 31. Mai 1887. 81. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung,

**die Revision der Wahllisten für die Landtagswahlen betreffend.**

Die Landtags-Wahllisten, welche nach der Bestimmung in §. 24 des Wahlgesetzes vom 3. December 1868 im Monat Juni eines jeden Jahres einer Revision zu unterwerfen sind, liegen vom 1. bis 4. und 6. bis 9. Juni dieses Jahres

im Stadthause, Obstmarkt 3, II. Stock, Zimmer 105,

an jedem Tage von **Vormittags 8—12 Uhr** und **Nachmittags 3—6 Uhr**, zur Einsichtnahme für die Betheiligten aus.

Den Anträgen auf Aufnahme in die Wahlliste oder Streichung solcher Personen, denen das Wahlrecht nicht zusteht, sind die Nachweise der Wahlfähigkeit, beziehentlich des Mangels der Wahlberechtigung beizufügen.

Hierbei machen wir jedoch besonders darauf aufmerksam, daß die Liste **der in dem III. Wahlkreise der Stadt Leipzig, in welchem in diesem Jahre eine Ergänzungswahl stattzufinden hat, stimmberechtigten Personen** demnächst einer Umarbeitung unterzogen und **vor** dem noch bekannt zu gebenden Wahltermine **nochmals sieben Tage zur Einsichtnahme ausgelegt wird.**

Leipzig, am 31. Mai 1887.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Clauß.

### Bekanntmachung.

Nachdem die Arbeiten der **Stadtvermessung** soweit vorgeschritten sind, daß mit der Detailaufnahme der einzelnen Stadttheile demnächst begonnen werden soll, empfehlen wir allen **Grundstücksbesitzern der Stadtflur Leipzig** hierdurch, in ihrem eigenen Interesse und zur Förderung der Stadtvermessungsarbeiten, ihre Grundstücke, soweit dieselben nicht durch Gebäude oder sonstiges Mauerwerk dauernd abgegrenzt sind, **schleunigst durch Grenzsteine zu markiren.**

Leipzig, am 26. Mai 1887.
Ib. 1872.
**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Eckerlein.

### Kirschen-Verpachtung.

Die unten näher bezeichneten diesjährigen Kirschnutzungen sollen

**Donnerstag, den 2. Juni d. J., Vorm. 10 Uhr,**

in der hiesigen städtischen Marstall-Expedition, Johannisplatz Nr. 9, unter den vorher bekannt zu gebenden Bedingungen verpachtet werden, und zwar:

die Nutzung an der Möckauer Chaussee vom Magdeburg-Leipziger Bahnübergange bis zur Flurgrenze der Petzscher Mark,
" " " " Delitzscher Chaussee vom ehemaligen Chausseehause bis zur Lindenstraße in Eutritzsch,
" " " " Hallische Chaussee vom ehemaligen Chausseehause bis zur Gohliser Flurgrenze.

Leipzig, am 24. Mai 1887.
**Die Raths-Oekonomie-Inspection.**

### Kirschen-Verpachtung.

Die an den fiscalischen Straßen und zwar an der Wurzen-Leipziger Straße, von Sellerhausen bis Borsdorf, an der Eilenburger Straße, an der Reitzenhainer Straße von Thonberg bis Probstheida, an der Leipzig-Grimmaer Straße von Probstheida bis Liebertwolkwitz, an der Schkeuditzer, Landsberger, Delitzscher, Dübener und an der Coburger Straße von Connewitz bis Zöbigker, an der Frankfurter (Lützener), Merseburger und an der Borna-Markranstädter Straße von Zwenkau bis Knautnaundorf im laufenden Jahre anstehenden Kirschen sollen

**Freitag, den 3. Juni ds. Js., von Vorm. ½9 Uhr an, im Saale der Europäischen Börsenhalle zu Leipzig, Katharinenstraße 12, 2 Treppen,**

gegen sofortige baare Bezahlung und unter den sonstigen im Termine bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend verpachtet werden.

Leipzig, am 20. Mai 1887.
**Königl. Straßen- und Wasserbau-Inspection und Königl. Bauverwalterei das.**

### Holz-Auction.

Im Universitäts-Holze bei Liebertwolkwitz sollen
**Donnerstag, den 2. Juni dieses Jahres,**
**von Vormittags 10 Uhr an,**

| | | | |
|---|---|---|---|
| 8 schöne Stämme | v. 18—28 cm Mittenst. | u. 11—17 m Länge | |
| 602 eichene Klötze | " 10—78 " " | " 2.5—10 " " | |
| 20 birkene " | " 17—31 " " | " 3.0— 5 " " | |
| 8 aspene " | " 16—24 " " | " 4.0— 8 " " | |
| 4 lindene " | " 17—57 " " | " 2.5— 4 " " | |
| 6 buchene " | " 19—31 " " | " 3.5— 4 " " | |
| 4 kieferne " | " 40—60 " " | " 3.5— 7 " " | u. |
| 140 eichene Derbstangen | " 8—13 " Unterst. | " 4— 7 " " | |

auctionsweise unter den vorher bekannt zu gebenden Bedingungen verkauft werden.

Kauflustige werden ersucht, zu der angegebenen Zeit auf dem Kahlschlag in den sogen. Sandlöchern der Universitäts-Waldung sich einzufinden. **Die geordneten Anzahlungen sind sofort nach dem Zuschlage zu bewirken.**

Leipzig, am 20. Mai 1887.
**Universitäts-Rentamt.**
Gebhardt.

### Mühlengrundstücks-Verkauf.

Erbtheilungshalber sollen die zum Nachlasse des verstorbenen Herrn Ephraim Ernst Worm in Rottwerndorf gehörigen, auf Fol. 1, 2 und 31 des Grundbuchs für Rottwerndorf eingetragenen Mehl-, Oel- und Schneidemühlengrundstücke mit Feld, Wiese und Garten und der vorhandenen Mühleneinrichtung und Wasserkraft, zusammen ein Areal von 2 Hekt. 6.0 Ar — 3 Acker 218 □R. umfassend und durch Sachverständige auf 49,362 ℳ gewürdert, mit dem auf ca. 6000 ℳ gewürderten Inventar aus freier Hand verkauft werden. Zur Uebernahme der Grundstücke sind 20,000 bis 24,000 ℳ baar erforderlich. Es wird dies mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß Kaufsnachrichten sowohl im Nachlaßgrundstück als auch bei unterzeichneter Nachlaßbehörde angenommen werden, bei welcher auch die Verkaufsbedingungen eingesehen werden können. Reflectanten erhalten gegen portofreie Einsendung von 2 ℳ 20 ₰ einfache Abschrift des Taxgutachtens und Tagesbedingungen.

Pirna, am 26. Mai 1887.
**Königliches Amtsgericht.**
Richter. Flößel.

### Städtische Sparcasse

**beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.**

Leipzig, den 20. Januar 1887.
**Die Sparcassen-Deputation.**

Donnerstag, den 2. Juni 1887, Nachmittags 3 Uhr, sollen in der Restauration zum „Rathskeller" zu Reudnitz
2 Schraubenschneidemaschinen, 62 Stück Eisenrohre, 1 Steindruckpresse, 4 Lithographiesteine, 1 Partie Bretter, 1 Nähmaschine, 1 eiserner Geldschrank, 1 Anzahl Möbel und Betten meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 25. Mai 1887.
**Der Gerichtsvollzieher beim Königl. Amtsgericht das.**

## Nichtamtlicher Theil.

### Leipzig, 31. Mai 1887.

* Der **Arbeitsstoff des Reichstags** in dem letzten Abschnitt seiner Session besteht hauptsächlich in Folgendem: In erster Linie stehen die beiden Steuervorlagen, von denen der Branntweinsteuer-Entwurf in der Commission durchberathen ist, während über die Zuckersteuer-Vorlage die Commissionsberathungen erst beginnen werden. Die zweite Lesung des Branntweinsteuergesetzes im Plenum wird also an einem der ersten Tage nach Wiedereröffnung der Session beginnen können. Sodann sind zwei Unfallversicherungsgesetz-Entwürfe, für Seeleute und Bauarbeiter, noch zu erledigen; beide sind in der Commission durchberathen, letzterer hat auch bereits die zweite Lesung im Plenum hinter sich. Die Innungsvorlage der Regierung ist ebenfalls in der Commission durchberathen, ebenso die auf demselben Gebiet sich bewegenden Anträge aus dem Hause (Befähigungsnachweis); die zweite Lesung im Plenum steht noch aus. Dasselbe ist mit den aus dem Hause hervorgegangenen Arbeiterschutzanträgen der Fall. Auch der Gesetzentwurf über die Beschränkung der Oeffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen ist in der Commission durchberathen und harrt noch der zweiten Lesung im Plenum. Der Gesetzentwurf über die Kunstbutter ist bereits bis zur dritten Lesung im Plenum gediehen. Die Novelle zur Rechtsanwaltsgebührenordnung hat dagegen erst die erste Plenarberathung hinter sich und ist in der Commission noch nicht erledigt. Die erste Berathung der Novelle zum Postdampfergesetz wurde in der letzten Sitzung vor Pfingsten durch Beschlußunfähigkeit des Hauses unterbrochen. Noch gar nicht an den Reichstag gelangt sind die elsaß-lothringischen Gesetzentwürfe. Wie man sieht, ist der Arbeitsstoff noch ein recht erheblicher, indessen wird wohl auf Manches verzichtet werden und andere Gegenstände sind so weit gefördert, daß sie in verhältnißmäßig kurzer Zeit erledigt werden könnten. Es steht zu erwarten, daß die Session fruchtbarer ist als irgend eine ihrer Vorgängerinnen. Von den bereits vollständig erledigten Gegenständen brauchen wir nur an das Septennatsgesetz, die Nachtragsetats und das Militairrelictengesetz zu erinnern.

* Die „Nat. Zeit." schreibt: Nach einer uns zugehenden Mittheilung hält die Regierung nicht nur daran fest, außer den **Steuergesetzen** namentlich die auf die **Unfallversicherung** bezüglichen Vorlagen, das Gesetz über die unter **Ausschluß der Oeffentlichkeit** stattfindenden Gerichtsverhandlungen und die **Entwürfe für Elsaß-Lothringen** zum Abschluß zu bringen, sondern wäre dieselbe auch „mit Vorbereitungen zu einem, wie ohne nähere Angabe des Inhalts betont wird, äußerst wichtigen und dringenden Gesetze" beschäftigt, welches der Reichstag noch erledigen soll; der bezügliche Entwurf solle jetzt das Staatsministerium beschäftigen. Wir vermögen zur Lösung des damit aufgegebenen Räthsels keinen Anhalt zu liefern.

* Den **Bevollmächtigten des Bundesrathes** und dem **Vorstande des Reichstages** ist in diesen Tagen nunmehr die Einladung zu der **Festlichkeit bei der Eröffnung der Arbeiten zum Nord-Ostsee-Canal** an der Holtenauer Schleuse zugegangen. Die Fahrt wird Donnerstag, den 2. Juni, früh von Berlin aus gemacht. Außer den stimmführenden Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesstaaten nehmen auch noch andere Mitglieder des Bundesrathes an der Fahrt theil.

* Die gleichzeitige Anwesenheit von **Consuln** und **Beamten** aus sämmtlichen **deutschen Schutzgebieten** in Berlin wird mit besonderen Maßnahmen, welche bezüglich der Verwaltung der Schutzgebiete eingeleitet sein sollen, in Verbindung gebracht. Anwesend sind jetzt: Der kaiserliche Commissar vom Bismarck-Archipel, von Oertzen, der Commissar des Togolandes, Falkenthal, Dr. Schmidt aus Kairo, deutsches Mitglied der internationalen ostafrikanischen Grenzregulirungs-Commission, bisher Consul in Cairo, und erwartet wird der Gouverneur von Kamerun, von Soden. Die Verwaltung der einzelnen Schutzgebiete wurde eingerichtet unmittelbar nach der Besitzergreifung ohne nähere Kenntniß der Bedürfnisse, der Länder ꝛc., einfach, weil man die in Besitz genommenen Gebiete nicht ohne Veranlassung lassen wollte und konnte. Jetzt, nach mehrjähriger Beobachtung durch die Beamten, hat man einen ganz anderen Ueberblick über die Bedürfnisse, das Mangelnde, das Nothwendige ꝛc. erhalten. Ferner fehlt trotz der auf die Colonien bezüglichen Reichsgesetze das Einheitliche in der Verwaltung der Schutzgebiete, welches neben der Wahrung der örtlichen Verschiedenheiten und der einzelnen Gebiete doch nicht fehlen darf: die eigentliche Organisation, ein gemeinsames Colonialsystem. Es dürfte jetzt der erste Schritt zu einem solchen versucht werden.

* Der „Politischen Correspondenz" wird aus Berlin gemeldet: Die **Enthüllungen des Generals Leflô** über die angeblichen kriegerischen Absichten, welche Deutschland im Jahre 1875 gegen Frankreich gehegt haben soll, und über die Verdienste Rußlands um die damalige Erhaltung des Friedens, werden in hiesigen maßgebenden Kreisen nicht der geringsten Beachtung gewürdigt und schwerlich eine Entgegnung finden. Denn einmal sind die „Enthüllungen" nicht neu und dann beruhen sie auf schon **längst widerlegten irrthümlichen Auffassungen**, mit denen die damalige russische und französische Diplomatie operirte, ohne daß auch nur der Schatten eines Beweises für ihre Richtigkeit jemals vorhanden war oder in Zukunft wird erbracht werden können. Es ist ja nicht zu bestreiten, daß die französische und russische Diplomatie damals die Ueberzeugung von kriegerischen Absichten Deutschlands hatte; aber diese Ueberzeugung gründete sich nicht auf eine einzige Thatsache, sondern allein auf das Bedürfniß, Deutschland und den Fürsten **Bismarck** in den Augen der Welt politisch ins Unrecht zu setzen. Bei Frankreich war dieses Bestreben ganz natürlich und erklärlich, bei Rußland findet es allein in der Eitelkeit Gortschakow's, der den Fürsten Bismarck in den Schatten stellen und gern eine größere politische Rolle spielen wollte, seine Erklärung: durch das Mittel einer politischen Intrigue glaubte er sich den Ruhm eines Retters des europäischen Friedens, der von deutscher Seite thatsächlich nie bedroht war, erwerben zu können. Die gegentheilige, jetzt von Leflô wieder aufgenommene Behauptung von kriegerischen Absichten Deutschlands kann durch nichts erhärtet werden, und Leflô bringt thatsächlich auch nicht den geringsten Beweis für ihre Richtigkeit, sondern nur für das Vorhandensein der damaligen irrthümlichen Auffassungen vor. Von deutscher Seite sind dieselben schon wiederholt widerlegt worden und ihre jetzige Wiederholung verpflichtet Deutschland keineswegs, sie noch einmal zu widerlegen. Wer früher nicht überzeugt wurde, wird es auch jetzt nicht und am wenigsten ist dies von der französischen und panslawistischen Presse zu erwarten, die erst jetzt wieder bei den wirklich neuen Enthüllungen über die Vorgeschichte der Occupation Bosniens und der Herzegowina bewiesen hat, daß sie sehr ungelehrig ist. Offenbar sollen die Leflô'schen Enthüllungen die Aufmerksamkeit von der für Rußland so unbequemen, nunmehr erhärteten Thatsache, daß Bismarck an der Occupation Bosniens und der Herzegowina unschuldig war, ablenken. Das wird aber schwerlich je gelingen, da das Beweismaterial von Leflô sich auch nicht im Entferntesten vergleichen läßt mit demjenigen, welches über die Vorgeschichte der Occupation vorhanden ist. Die „Enthüllungen" über das Jahr 1875 mögen nur insofern Interesse erregen, als sie darthun, daß schon damals intime französisch-russische Beziehungen bestanden haben, die ihre Spitze gegen Deutschland kehrten. Das ist freilich auch für Niemanden etwas Neues, immerhin wird dadurch ein eigenthümliches Licht auf die gleichen Bestrebungen der Gegenwart und ein helles Licht auf die Staatskunst Bismarck's geworfen, welcher im Vereine mit Oesterreich-Ungarn diese Bestrebungen zwölf Jahre lang zu paralysiren gewußt hat und hoffentlich auch fernerhin mit gleichem Erfolge thätig sein wird.

* Ueber die in der letzten Zeit erfolgten **Personalveränderungen in der reichsländischen Verwaltung**, sowie über die in den Kreisen der elsaß-lothringischen Eingeborenen herrschende Stimmung berichtet man der „Köln. Ztg." Folgendes: „Ein neues Regiment erfordert neue Leute. Daher wohl der Wechsel in den leitenden Kreisen. Ohne diese Erwägung wäre es sonst nicht verständlich gewesen, daß der Staatssecretair von Hofmann und der Unterstaatssecretair Dr. Ledderhose ausscheiden mußten. Anders stand es mit dem Unterstaatssecretair Dr. von Mayr. Er war der eigentliche Träger dessen gewesen, was man mit dem Worte „Regime Manteuffel" bezeichnete, und in der von ihm geleiteten Abtheilung — dem reichsländischen Finanzministerium — hatte die „Manteuffel"'sche Politik ihre üppigsten Blüthen getrieben; man erinnere sich nur an den „Fall Mang", der vor Jahren solch unliebsames Aufsehen erregte. Herr von Mayr hatte sich dadurch allerseits unmöglich gemacht; er genoß weder das Vertrauen der Beamten, noch das der Bevölkerung, und hatte sich im eigentlichsten Sinne des Wortes zwischen zwei Stühle gesetzt. So lange Herr von Manteuffel hier regierte, schadete das seinem vielgewandten Finanzminister nichts; der alte Feldmarschall hielt ihn mit starker Hand. Als Fürst Hohenlohe sein Amt antrat, erwartete man allgemein, er werde Herrn von Mayr sofort beseitigen, und als dies jetzt endlich geschah, erregte die Nachricht weder Verwunderung noch Bedauern. Aufsehen in weiteren Kreisen erregte nur die Mittheilung, Herr von Mayr werde im Reichsschatzamt Verwendung finden. In unterrichteten Kreisen fand diese Nachricht allerdings von vornherein keinen Glauben. — Mit der Art und Weise, in der die erledigten Posten wieder besetzt wurden, darf man zufrieden sein. Herr Studt, der neue Unterstaatssecretair des Innern, macht den vertrauenerweckenden Eindruck des hohen preußischen Verwaltungsbeamten, der allgemeine und fachliche Bildung, Energie und gute Formen zu vereinigen weiß, und die Ruhe und Vorsicht, womit er auf dem ihm noch unbekannten Boden hier auftritt, rechtfertigen den guten Ruf, der ihm von Königsberg hierher vorangegangen ist. Herr Back, der Nachfolger von Mayr's, ist einer der erfahrensten, geachtetsten und beliebtesten Beamten des Landes. Als Unterpräfect, als Polizeidirector, als Bürgermeistereiverwalter, Regierungspräsident und Bürgermeister hat er sich glänzend bewährt. Die Altdeutschen verehren ihn, die Eingeborenen schenken ihm Vertrauen, ja, unter den Altstraßburgern ist er geradezu eine populäre Persönlichkeit, und die verbissensten „Stöckelbürger" bedauern es, daß ihr „Maire", der bis jetzt die Bürgermeisterei noch neben seinem Unterstaatssecretariat verwaltet, demnächst die Würde des Stadthauptes niederlegen wird, da solch einer Riesenaufgabe doch schließlich selbst außergewöhnliche Kräfte nicht gewachsen sind. Das sind die Personen, die dem Statthalter die unter den heutigen Verhältnissen doppelt schwierige Bürde tragen helfen sollen. Fürst Hohenlohe selbst hat auch eine schwere Last auf seine eigenen Schultern geladen. Um noch nachdrücklicher als früher verwalten zu können, hat er die Arbeit des Staatssecretariats, das nach dem Ausscheiden des Ministers von Hofmann nicht wieder besetzt worden ist, freiwillig auf sich genommen und setzt jetzt die Erfahrungen, die er im ersten Jahre seines Aufenthaltes hier gesammelt, in Thaten um. — Augenblicklich nun ist die Thätigkeit aller deutschen Behörden in Elsaß-Lothringen vorwiegend eine unangenehme. Ausweisungen, Auflösungen von Vereinen, Bestrafungen von Unruhestiftern, die durch aufrührerische Rufe und Zeichen, durch Beschimpfung der deutschen Fahne u. s. w. gegen Zucht und Ordnung verstoßen — das Alles sind keine Dinge, welche deutschfreundliche Sympathien hervorbringen können. Auch die scharfen Bestimmungen, welche die Ertheilung von Jagdscheinen an Franzosen aufgehoben und den Aufenthalt von Franzosen im Reichslande durch früher ungewohnte Weiterungen beschränkt haben, haben angesichts der unzähligen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich die Bevölkerung hierzulande höchst unangenehm berührt. Wenn man die Wahrheit sagen will, so muß man bekennen, daß die Stimmung in den eingeborenen Kreisen zur Zeit bitter und erregt ist; deutschfeindlicher als in den Jahren 1873 und 1874. Aber das läßt sich mit einem Schlage nicht ändern. Ehe die Wunden offengelegt sind, kann der Arzt nicht an die Heilung gehen. Wir dürfen das Vertrauen zu der Regierung haben, daß sie bei ihrem Vorgehen sich auf das Nothwendigste beschränkt und im Uebrigen die Leute thunlichst schont, und wir wollen das Vertrauen zu unseren Landsleuten haben, daß sie, in der Einsicht von der Nothwendigkeit eines einträchtigen Zusammengehens zwischen Eingeborenen und Eingewanderten, den Freund vom Feinde zu trennen wissen und den ersteren unterstützen, während sie den letzteren bekämpfen. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Zeit, Entschlossenheit und Besonnenheit werden uns schon weiter helfen zu dem glücklichen Ziele, das uns Allen vorschwebt. Man darf nur unterwegs den Muth nicht verlieren!"

* **Aus Rom wird der „Allg. Zeitung" geschrieben:** Dem langjährigen Vertreter des deutschen Reiches in Rom, Herrn Robert v. Keudell, dessen Abreise nahe bevorsteht, sind noch in den letzten Tagen vielfache Beweise der Freundschaft und dankbaren Verehrung, sowie des Bedauerns über sein Scheiden von Deutschen und Italienern zu Theil geworden. Es war selbstverständlich, daß der „Deutsche Künstlerverein", welchem Herr v. Keudell seit seiner Hierherkunft als Ehrenmitglied angehörte, den Vertreter seines kaiserlichen Protectors nicht ziehen lassen konnte, ohne ihm seine Erkenntlichkeit für das unausgesetzte und wirksame, dem Verein und allen Deutschen bewiesene Interesse und Wohlwollen auch äußerlich auszudrücken. Gemäß dem ausdrücklichen Wunsche des Botschafters, auf jede demonstrative Festlichkeit, sowie auf Ehrengaben von materiellem Werthe verzichtend, hat der Verein eine sinnige Erinnerungsgabe in Gestalt eines künstlerisch ausgestatteten Photographie- und Skizzenalbums anfertigen lassen, welchem mehrere Vereinsmitglieder noch besondere künstlerische Beigaben eigener Erfindung und Ausführung hinzugefügt haben. — Die Ueberreichung dieser Gaben, die seitens des Vereinsvorstandes vor einigen Tagen in einem Saale des zur Hälfte einem Kisten- und Ballenmagazin gleichenden Botschaftspalastes stattgefunden hat, bereitete dem verehrten Manne sichtliche Ueberraschung und Freude. Gestern Abend drückte auch seine erst kürzlich von einer schweren Krankheit genesene Gemahlin, welche die mannigfachen, zum Theil hervorragenden künstlerischen Erinnerungsblätter nicht genug bewundern konnte, dem zum Abschieds-Souper geladenen Vorstand und Comité in gewohnter liebenswürdiger Weise ihre Anerkennung aus. Den Inhalt des in eine Prachtdecke von weißem römischen Pergament mit Gold- und Farbenpressung (Arbeit eines deutschen Buchbinders in Rom) gebundenen Albums bilden außer den Photographien der Vereinsmitglieder zahlreiche Handzeichnungen, Skizzen, Compositionen und Ansichten in Bleistift, Aquarell, Oelfarben u. a.

* Der **russische Finanzminister Wyschnegradsky** scheint mit manchen alten Uebelständen aufräumen zu wollen. Er beabsichtigt nämlich, wie man der „Königsberger Hartungsche Zeitung" aus St. Petersburg schreibt, den „Birshewyja Wjedomosti" zufolge, verschiedene von früheren Herrschern Rußlands einigen Familien und Personen verliehene Pensionen und Revenüen zum Besten des Staatsschatzes einzuziehen. So ist es dem Minister bekannt geworden, daß Unterstützungen, die von der Krone vor Zeiten zur Erziehung unmündiger Kinder verdienter Eltern ausgesetzt worden, auch jetzt noch ausgezahlt werden, obschon viele dieser „Kinder" bereits gegenwärtig in hohem Alter und in hohem Range stehen und selbst hohe Einkünfte besitzen. Ebenso wurden häufig Töchtern hochgestellter Familien jährliche Pensionen bis zur Verehelichung ausgesetzt. Diese Damen haben gegenwärtig längst geheirathet, einige sind sogar bereits Großmütter, beziehen aber trotzdem ihre Pensionen noch weiter. Geheimrath Wyschnegradsky hat festgestellt, daß einzelne Personen und Institutionen, welche ein jährliches Einkommen von 25,000—50,000 Rubel haben, noch gegenwärtig auf Grund alter Gnadenbriefe jährlich von der Regierung bedeutende Subsidien erhalten. Die Summe, welche der Staatsrentei auf diese Weise entnommen wird, schätzt Minister Wyschnegradsky auf 6 Millionen Rubel jährlich. Diese Summe soll von der Krone erspart werden. Daß der Finanzminister bei Durchführung dieser Absicht auf große Schwierigkeiten stoßen wird, daran, so meint der Gewährsmann des Königsberger Blattes, ist nicht zu zweifeln, denn er nimmt den Kampf mit einer bei Hofe äußerst mächtigen Partei auf.

### Die französische Ministerkrisis.

* Die französische Ministerkrisis dauert immer noch fort. Sie liefert einen drastischen Beweis, wie zerfahren und unerquicklich die Verhältnisse in Frankreich sein müssen, das eben immer mehr ein Spielball der sich dort gegenüber stehenden Parteien geworden ist. Auf die Schwärmer für Republiken und parlamentarisches Regiment werden hoffentlich die dermaligen französischen Zustände, die sich immer mehr zu einer gewaltsamen Lösung zuspitzen, etwas abkühlend wirken. Es liegen über die Krisis folgende neuere Nachrichten vor:

* Paris, 28. Mai. Deputirtenkammer. Mehrere Abgeordnete beantragten Vertagung der Kammer bis Dienstag, der Antrag wurde aber abgelehnt. Die Kammer beschäftigte sich sodann mit Gesetzvorlagen localer Natur.

* Paris, 28. Mai. Die drei republikanischen Gruppen des Senats erklärten sich mit der Verhaltung ihrer resp. Präsidenten bei dem Präsidenten Grévy in Betreff Boulanger's einverstanden. Die äußerste Linke der Deputirtenkammer beschloß, bis zur Beendigung der Ministerkrisis täglich Sitzungen abzuhalten. Der dieser Gruppe angehörige Abgeordnete Laborde erklärte, es müsse jedes den radicalen Ideen feindliche Cabinet bekämpft werden, um jede Zweideutigkeit vor dem Land zu zerstreuen.

* Paris, 29. Mai. Dem Vernehmen nach dürfte das neue Cabinet wie folgt zusammengesetzt werden: Rouvier Präsidium und Finanzen, Fallières Inneres, Saussier Krieg, Jaurès Marine, Flourens Auswärtiges, Spuller Unterricht, Barbe öffentliche Arbeiten, d'Autresme Ackerbau. Das Handelsministerium soll mit dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten und dasjenige der Posten und Telegraphen mit dem Finanzministerium verbunden werden. Es bleibt demnach noch der Justizminister zu designiren.

* Paris, 30. Mai. (Meldung der „Agence Havas".) Rouvier ist bereit, die Verhandlungen wegen der Cabinetsbildung zu beendigen. Die Decrete über die Ministerernennung sollen morgen erscheinen. Das neue Cabinet wird folgendermaßen zusammengesetzt werden: Rouvier, Präsidium und Finanzen, mit letzteren werden Post und Telegraphen verbunden; Etienne, Unterstaatssecretair der Finanzen; Fallières, Inneres und Cultus; Spuller, Unterricht; Flourens, Auswärtiges; Heredia, Arbeiten; Barbe, Ackerbau; Dr. d'Autresme, Handel. Bezüglich der Portefeuilles des Krieges und der Marine ist noch nicht entschieden.

Das letzte Telegramm klingt recht sonderbar. Schon die Einleitung: „Rouvier ist bereit, die Verhandlungen wegen der Cabinetsbildung zu beendigen" läßt darauf schließen, daß